

"Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive"

Prof. Dr. Uwe Danker Dr. Sebastian Lehmann-Himmel

Dr. Stephan Glienke

Präsentation der Ergebnisse im schleswig-holsteinischen Landtag und auf der Landespressekonferenz am 27.4.2016

Presseunterlage:

Pressetext

Anhang I Grafiken und Listen, auf die im Text Bezug genommen wird.

ergänzend auf Wunsch und generell für alle MdL:

Anhang II Modell "Typen" mit gelisteten Zuordnungen sowie neun exemplarischen

Zuordnungen



Zu dem im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtags durchgeführten Projekt "Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive" führt der wissenschaftliche Leiter Prof. Dr. Uwe Danker / Institut für Zeit- und Regionalgeschichte der Europa-Universität Flensburg (izrg / euf) auf der Landespressekonferenz am 27.04.2016 aus:

I. Auftrag

Die Ausschreibung des Landtags für das Projekt (DS 18/1144 (neu)) benannte vier zu untersuchende Gegenstandsbereiche:

- Die Recherche und Dokumentation von NS-Belastungen späterer MdLs und Mitglieder der Exekutive in Schleswig-Holstein seit 1945,
- die Einordnung und Bewertung der Befunde im Vergleich zu anderen Bundesländern,
- die Frage nach einer denkbaren schleswig-holsteinischen "Sonderentwicklung"
- sowie die Frage nach der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten und deren Auswirkung auf die politische Kultur des Landes.

Im Ausschreibungsverfahren setzte sich das IZRG im Sommer 2014 durch. Unser Konzept war darauf ausgelegt, in diesem Rahmen eine historiografische Einordnung des "Falls Schleswig-Holstein" leisten. Die umfängliche Studie wird in diesen Wochen redaktionell fertiggestellt und dem Auftraggeber übergeben. Eine sehr zeitnahe, gemeinsame Publikation in Buchform ist geplant.

Eine "Lenkungsgruppe", bestehend aus je einem/er Abgeordneten jeder Fraktion und Repräsentanten des wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, hat uns begleitet.

Am 26. Februar 2016 hatte das IZRG die Lenkungsgruppe sowie den Präsidenten und den Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu Gast. Im Rahmen eines ganztägigen "Workshops" wurden die Besucher_innen über unsere Vorgehensweisen und Ergebnisse eingehend (vor-)informiert.

II. Projektanlage

Wir Historiker sind keine Richter, jedoch auch keine Chronisten, sondern suchen einordnende Deutung und historische Urteilsbildung. Wir verfolgen ein

Prof. Dr. Uwe DankerGeschäftsführender Direktor

Besucheranschrift

IZRG Prinzenpalais 1b 24837 Schleswig

Tel. +49 4621 861890 Fax +49 4621 36545 danker@izrg.de

www.izrg.de



wissenschaftliches Konzept, werden nicht geleitet von Zielen einer entlarvenden Aufarbeitung. Zugrunde liegt ein methodischer Ansatz, der quantifizierende, individual- und gruppenbiografische sowie qualitative Methoden verbindet.

Den regionalgeschichtlichen Rahmen liefert eine Vorgeschichte als ländlich strukturierte, protestantische Grenzregion und nationalsozialistische Hochburg, ein Nachkriegsbeginn in der demokratiepädagogisch ausgerichteten britischen Zone mit 'einheimischer' (Bevölkerungs-)Kontinuität in Kombination mit massiver Zuwanderung durch Flüchtlinge und Vertriebene.

Das Forschungsprojekt weist folgende Merkmale auf:

- Um ein verzerrungsarmes Gesamtbild der Untersuchungsgruppe zu generieren, suchten wir nicht nur nach (formalen) Belastungen, sondern recherchierten die Bandbreite der Rollen im Nationalsozialismus.
- Der Vergleich mit Erhebungen anderer Bundesländer liefert das Profil des 'Falles Schleswig-Holstein'.
- Formale Belastungen wie Mitgliedschaften wurden um verfeinerte Daten ergänzt, um nuancenreichere Einordnungen zu leisten. Die Datenbank lässt auch komplexe Verknüpfungen zu.
- Die aufwändige Kennzeichnung realer Rollen in der NS-Zeit erweitert die Perspektiven und ermöglicht differenziertere individuelle Zuordnungen sowie idealtypische Gruppenbildungen.

Mitwirkende im Projekt waren: Dr. Stephan Alexander Glienke (für ein Jahr) als (bereits in der niedersächsischen Vergleichsstudie erfolgreicher) Bearbeiter der Recherchen. Von Seiten des IZRG Dr. Sebastian Lehmann-Himmel und Prof. Dr. Uwe Danker, die gemeinsam die spezifische Datenverarbeitung, Auswertungen und Analysen sowie das eigentliche Gutachten verantworten.

Von Lehmann-Himmel und Danker verfasste Beispiele der Vergangenheitspolitik des Landtags, ein vergleichender, länderübergreifenden personalpolitischer Aufsatz Glienkes sowie aktualisierte Detailstudien von Dr. Philip Marti zum Fall Heinz Reinefarth, Dr. Klaus-Detlev Godau-Schüttke zur Justizpersonalpolitik nach 1945 und Dr. Heiko Scharffenberg zur Wiedergutmachung NS-Unrechts führen – im Gutachten – von gruppenbiografischen Perspektiven zurück zu konkreten Folgen personeller Kontinuitäten.

III. Recherchen / Datenbank

Unsere Untersuchungsgruppe umfasste alle infrage kommenden MdL und Regierungsmitglieder (Minister_innen und Staatssekretäre) der Geburtsjahrgänge bis 1928. Sie bestand aus 389 Personen, darunter 342 MdL (85 Regierungsmitglieder). Da später diese Altersgruppe nicht mehr vertreten war, geht es um den ersten ernannten Landtag (1946) bis zur 13. Wahlperiode (1992-1996) resp. die Kabinette Steltzer (1946) bis Stoltenberg (1971-1982). Quasi völlig unter sich waren die betreffenden Alterskohorten in den Landtagen und Regierungen 1946 bis 1971.

Zur Recherche: Auch regionale zeithistorische Quellenrecherchen führen immer durch die ganze Republik (Anhang I S. 1: Karte): Im Zentrum stand die Suche nach Quellen aus den (nicht vollständig überlieferten) Mitgliederkarteien der NSDAP (Bundesarchiv Berlin), nach Entnazifizierungsakten und Wiedergutmachungsverfahren (regionale Überlieferungen), nach Personalakten (Landesarchiv Schleswig-Holstein und



Bundesarchiv Berlin) und Militärdienstquellen (Bundesarchiv Freiburg), nach Spruchgerichtsakten (Bundesarchiv Koblenz) und Strafermittlungsverfahren (Bundesarchiv Ludwigsburg), nach Beständen der ehemaligen Stasi (Bundesarchiv Berlin und BSTU) sowie der umfänglichen Landtagsüberlieferung.

389 teilweise recht umfängliche Ordner mit Quellenscans und Exzerpten sind entstanden; sie bilden die personenbezogen sortierte Recherche. (Anhang I S. 2: Verarbeitungswege) Systematisch erfasst und bearbeitet auf einer Eingabemaske (Datenvolumen ca 1.200 Seiten) der von uns eigens für das Projekt programmierten Datenbank ist es möglich, auf vier Bearbeitungsflächen Auswertungen zu Aspekten wie

- Rollen vor 1933,
- Mitgliedschaften, Biografie und Funktionen während der NS-Zeit,
- vergangenheitsbezogene Folgen danach (Entnazifizierungen, Wiedergutmachung, Strafermittlungen etc.) sowie
- Karrieren als MdL / Regierungsmitglied ab 1945

vorzunehmen und quasi beliebig miteinander zu kombinieren oder die Untersuchungsgruppen zuzuschneiden.

Im Folgenden wird eine kleine Auswahl zentraler Ergebnisse des Forschungsprojektes präsentiert. Dessen Ausrichtung entsprechend werden einige Grafiken resp. Abbildungen in einem gesonderten Anhang präsentiert; darunter in lesbarerer Größe auch noch einmal jene vier, die in den Text integriert wurden.

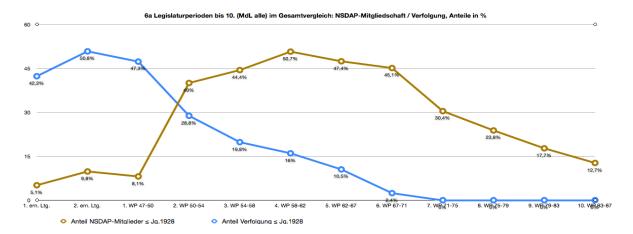
Es finden sich im Anhang auch mehrere den spezifischen Abbildungen und ihren Inhalten zugeordnete Namenslisten. Damit belegen wir unsere Aussagen oder Zuordnungen, bieten wir, wie man von uns erwarten darf, völlige Transparenz. Wir wollen aber deutlich unterstreichen, dass wir als Wissenschaftler weder "Prangerlisten" gutheißen noch vertreten können, wenn Namensnennungen aus dem jeweils von uns gestalteten Kontext oder der von uns mit Bedacht vorgenommenen Zuordnung isoliert und neu qualifiziert verbreitet werden.

Im übrigen gilt der Quellenvorbehalt: Alle Aussagen fußen auf der von uns jeweils genau gekennzeichneten Reichweite und Quellendichte im Rahmen unserer dokumentierten Recherchewege.

IV. Formale Daten / Belastungen der schleswig-holsteinischen Landespolitiker_innen

Für 115 der insgesamt 342 betrachteten Abgeordneten besitzen wir gesicherte Informationen über eine Mitgliedschaft in der NSDAP. Diese Gesamt-Quote von 33,6 % – also genau einem Drittel – ist etwa doppelt so hoch als beim (männlichen erwachsenen) Bevölkerungsdurchschnitt. In den ernannten Landtagen 1946 und auch bei der ersten Landtagswahl 1947 lag der Anteil ehemaliger Parteigenossen unter 10 %. Eine Zäsur lieferte die Wahl 1950: bereits 40 % aller Abgeordneten der 2. Legislaturperiode waren ehemalige Mitglieder der NSDAP, ab 1958 sogar mehr als die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten. In den 1960er Jahren sank der Anteil nur leicht, erst ab 1971 – durch die eintretende Verjüngung – stärker.

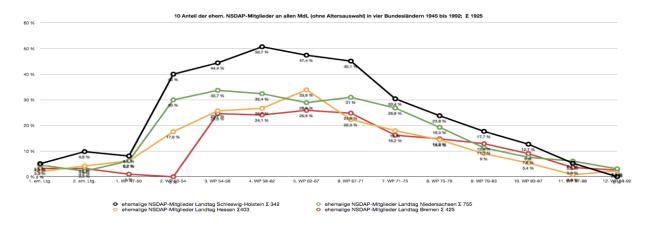




Diese Zahlen sind eindeutig: von 1950 bis 1971, also für zwei volle Jahrzehnte, waren im Landtag fast zur Hälfte, teilweise über die Hälfte aller Abgeordneten ehemalige Mitglieder der NSDAP. Zwar war die Zäsur des Wahljahres 1950 bekannt. Dass allerdings – bezogen auf das formale Kriterium einer ehemaligen Zugehörigkeit in der NSDAP – im Landesparlament eine weitere Steigerung eintreten und eine Dauer von mehr als zwei Jahrzehnten vermessen würde, ist eine neue Erkenntnis! (Anhang I S. 3: Grafik vergrößert)

Die blaue Linie kontrastiert die Kurve der NSDAP-Mitgliedschaften mit belegten ehemaligen Verfolgungserfahrungen späterer Landtagsabgeordneter (definierte Spanne: von Hausdurchsuchungen, Entlassungen bis zu (KZ-)Hafterfahrungen). Bis 1950 lag ihr Anteil etwa bei der Hälfte; darin spiegelt sich die von den Briten vorgenommene Auswahl der anfangs ernannten Abgeordneten, aber auch bei der freien Wahl 1947 noch der Geist des Neubeginns. Ab 1950 nahm der Anteil dieser Gruppe drastisch und kontinuierlich ab. - Die Zäsur des Jahres 1950 und die Grundbotschaft der beiden folgenden Jahrzehnte war eindeutig: nicht ein von ausgewiesenen NS-Gegnern respektive NS-Verfolgten getragener Neubeginn, sondern eine von ehemals "Nicht-abseits-Stehenden", also von Unauffälligen sowie auch in erheblichem Umfang von ehemaligen Nationalsozialisten geschulterte, Kontinuität ausdrückende biografische Zusammensetzung kennzeichnete die Gruppe der Landespolitiker_innen im Parlament.

Die Zäsur 1950 lässt quasi gegensätzliche Zeiträume 1946-1950 und 1950-1983 entstehen: moralisch personifizierter demokratischer Neubeginn versus Wiederkehr und politische Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. (Anhang I S. 4: Grafik)



Im Vergleich zu Bundesländern, für die verlässliche statistische Untersuchungen vorliegen, erweist sich Schleswig-Holstein deutlich als Extrem- respektive Sonderfall: Bei einem grundsätzlich sehr ähnlichen Kur-



venverlauf weichen die Anteile formal Belasteter stark nach oben ab, erzielen sie ausnahmslos Spitzenergebnisse. Im Vergleich zu Bremen werden doppelte Anteile erreicht, selbst in Relation zu Niedersachsen, das ähnliche Strukturen wie Schleswig-Holstein aufweist, sind sie immer noch um mehr als die Hälfte erhöht. (Anhang I S. 5: Grafik vergrößert)

Betrachtet man für Schleswig-Holstein die formalen Belastungen der Mitglieder der Kabinette von Steltzer bis Stoltenberg (Anhang I S. 6: Grafik), so spitzt sich der Befund weiter zu: Die Exekutive war von 1950 bis 1971/82 noch bedeutend stärker formal ns-belastet als die Legislative. Die Kabinette von Bartram bis Stoltenberg müssen mit 67 bis 76 % Anteilen ehemaliger NSDAP-Mitglieder als formal erheblich vorbelastet gelten. Für die Gruppe der Staatssekretäre, die sehr wenig Fluktuation erlebte, können wir von quasi homogener Vorbelastung sprechen, wenn die Anteile 75 bis 85 % erreichten. (Anhang I S. 6: Grafik)

Die formalen Belastungen ausgewählter Landtagsfraktionen erwiesen sich als sehr unterschiedlich: (Anhang I S. 7: Grafik) Insgesamt zählten 1946 bis 1996 zur CDU-Fraktion 144 MdL der Alterskohorten bis Jahrgang 1928; knapp 44 % waren ehemals in der NSDAP, circa 8 % brachten Verfolgungserfahrungen mit. Bei den Fraktionen FDP und dem "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) zeigten sich die Relationen noch deutlicher: je Zweidrittel aller Mitglieder dieser Altersgruppen waren ehemalige Parteigenossen, lediglich knapp 4 % respektive 8 % ehemals Verfolgte. Der kleine SSW wies drei ehemalige "PGs" und vier ehemals Verfolgte auf. Innerhalb der insgesamt 125 Abgeordnete der Alterskohorten umfassenden SPD-Landtagsfraktion war der Anteil mit knapp 46 % Verfolgten extrem hoch und mit 15 % ehemaligen Mitgliedern der NSDAP der Belastungsgrad in diesem Vergleich sehr niedrig. Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Bedeutung sorgte die SPD-Fraktion so dafür, dass der Gesamtanteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder bei allen MdL statistisch auf die benannten 33,6 % nach unten korrigiert wurde.

Betrachten wir als ein Beispiel die 4. Legislaturperiode 1958 bis 1962, so fallen die Daten noch drastischer aus: (Anhang I S. 7: Grafik) Bei den bürgerlichen Parteien liegt der Anteil ehemaliger Parteigenossen bei Drei-Viertel, nämlich zwischen 73,5 % (CDU), 75 % (FDP) und 83,3 % (BHE); jedes fünfte Fraktionsmitglied der SPD und keines des SSW wies in dieser Legislaturperiode eine ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft auf.

Zahlreiche weitere Datenverknüpfungen bestätigen diese Kernaussagen. Ein eher skurriles Beispiel war die Chance auf einen Orden oder eine vergleichbare Ehrung für landespolitisches Engagement: Im Schnitt bekam jede(r) Dritte aus unserer Untersuchungsgruppe einen Verdienstorden, unter den ehemals Verfolgten waren dies aber nur 10 %, unter den ehemaligen PGs dagegen 40 %. (Anhang I S. 8: Grafik)

Gleichwohl können wir schon mit formalen Daten wie dem Eintrittszeitraum oder -lebensalter Profile präzisieren und differenzieren, Gruppen unterschiedlich Belasteter konstruieren: So repräsentieren in den Zeitfenstern Februar bis zur Aufnahmesperre im Mai 1933 Eingetretene oft ein Anpassungsverhalten nach Beginn der Kanzlerschaft Hitlers, mit Wiederöffnung der NSDAP ab Mai 1937 können wir eine zweite Phase des nicht Abseits-Sehen-Wollens resp. der späten Anpassung identifizieren, die Mitgliedschaft vor 1930 in der noch irrelevanten NSDAP dagegen bildete ein extremes politisches Bekenntnis. (Anhang I S. 9-11: Grafiken, MdL / Kabinette mit Namensnennungen) Und so bewerten wir im jugendlichen Alter - immer auf Basis von ausdrücklichen Willenserklärungen - vollzogene Übergänge von der HJ in die NSDAP in der Spätphase anders als das Eintrittsbegehren Erwachsener in den 1930ern. – NSDAP-Parteimitglied war nicht gleich NSDAP-Parteimitglied!



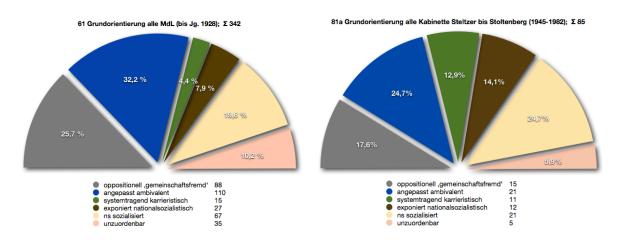
V. Reale Rollen in der NS-Zeit

Auf Grundlage unserer Quellen haben wir versucht, individuelle Biografien und gruppenspezifische Erfahrungen zu ordnen, um reale Orientierungen, Rollen und Erfahrungen in der NS-Zeit zu erfassen. Das von uns definierte Muster der "Grundorientierung" spiegelt vier generalisierte charakteristische Grundhaltungen und -verhaltensmuster für ein Leben im Nationalsozialismus von Individuen, sozialen Gruppen und Milieus:

- "oppositionell / "gemeinschaftsfremd"
- "angepasst / ambivalent"
- "systemtragend / karrieristisch" und
- "exponiert / nationalsozialistisch". (Exakte Definitionen: Anhang S. 12)

Für die 'jungen' Geburtsjahrgänge 1918 bis 1928 gilt die Sammelkategorie "ns-sozialisiert", da stabile Grundorientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen noch kaum eindeutig identifizierbar sind, zugleich aber diese Alterskohorten ihre Sozialisation (überwiegend) im Nationalsozialismus erfuhren.

Die Zuordnungen lassen reale Belastungen identifizieren, Anpassungsmuster, aber auch abweichendes oder ausgegrenztes Verhalten während der NS-Zeit. Sie *verfeinern* und teilweise auch *korrigieren* die Erkenntnisse über unsere Untersuchungsgruppe. Mit diesem Instrumentarium haben wir Legislaturperioden, Fraktionen und Kabinette, Alterskohorten, Einheimische und Zugewanderte, Weimarer Politiker und andere Teilgruppen differenzierter charakterisieren können.



Die Gruppe aller 342 MdL lässt sich wie folgt charakterisieren: Über jedes zehnte MdL wissen wir für eine belastbare Zuordnung zu wenig, jedes fünfte zählt zur Gruppe der jungen ns-Sozialisierten. Ein Viertel aller Abgeordneten stand in der NS-Zeit "abseits", war oppositionell oder galt den Nationalsozialisten als 'gemeinschaftsfremd'. Ein Drittel verhielt sich unauffällig, angepasst oder in diesem Zeitraum ambivalent. Zur Gruppe der systemtragenden, karrieristisch orientierten, meist Angehörigen funktionaler Eliten, zählen wir 4,4 % der Abgeordneten, zu den exponiert nationalsozialistisch agierenden, teilweise verantwortlich in Verfolgungs- und problematische Besatzungsmaßnahmen Verstrickten rechnen wir 7,9 % aller Abgeordneten. (Anhang I S. 13-14: Grafik, MdL mit Namensnennungen) Die Zäsur von 1950 bestätigt sich, wenn die Legislaturperioden 1946 – 1950 und 1950 – 1983 getrennt dargestellt werden. (Anhang I S. 15: Grafiken)

Das Gesamtprofil der insgesamt 85 zu den Alterskohorten zählenden Mitglieder der Kabinette von Steltzer (1945) bis Stoltenberg (1982) fällt – wie schon im Bereich formaler Belastungen – etwas anders aus: Knapp



18 % ordnen wir der Grundorientierung "oppositionell / "gemeinschaftsfremd" zu, ein Viertel zählen wir jeweils zu den Kategorien "angepasst / ambivalent" und "ns-sozialisiert", hingegen 13 % kennzeichnen wir als "systemtragend / karrieristisch" und 14 % als "exponiert / nationalsozialistisch". (Anhang I S. 16: Grafik, alle Kabinette mit Namensnennungen) Unterscheidet man anhand der Zäsur von 1950 die Phasen davor und danach, so entsteht ein deutlicher Kontrast zwischen den Kabinetten Steltzer bis Diekmann (1946-1950) und Bartram bis Stoltenberg (1950-1982). (Anhang I S. 17: Grafiken)

Besonders interessant erscheint die Differenzierung durch Grundorientierungen bezogen auf die 115 ehemaligen Mitglieder der NSDAP: Nur ein Abgeordneter dieser Gruppe, Erich Arp, wird dem oppositionellen Spektrum zugeordnet, über zwei Personen wissen wir zu wenig. Jeder Fünfte gehört zur Gruppe der ns-sozialisierten Jungen, fast 42 % der "PGs" erachten wir in ihrer tatsächlichen Rolle in der NS-Zeit lediglich als angepasst oder ambivalent ausgerichtet. Jedes zehnte NSDAP-Mitglied erscheint in unseren Quellen als systemtragend / karrieristisch, "nur" 23 % der Mitglieder als exponiert / nationalsozialistisch. (Anhang I S. 18: Grafik, mit Namensnennungen) – An diesem Beispiel der ehemaligen NSDAP-Mitglieder wird deutlich, wie unser Versuch, über die quellengestützte Zuordnung der Personen zu Grundorientierungen deren reale Rollen in der NS-Zeit zu kennzeichnen, zu einer erheblichen Differenzierung und Korrektur der einfachen Einordnungen und Bilder führt.

Die Fraktionsprofile von CDU, SPD, SSW, FDP und BHE fallen wieder recht unterschiedlich aus. Auch sie erscheinen mit diesem Modell differenzierter getroffen als durch auf bloße Mitgliedschaftsdaten zurückgeführte Darstellungen. (Anhang I S. 19-20: Grafiken) Das Profil des ab 1950 zunächst nicht unbedeutenden "Bund(es) der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) überrascht nicht, es war auch den Zeitgenossen bekannt. Auch dass die FDP der Nachkriegsjahrzehnte eine teilweise belastete Mitgliederstruktur aufwies, ist nicht neu. Die CDU-Gesamtfraktion schulterte – aufgrund ihrer Größe nicht anteilig, aber zahlenmäßig – die meisten auch real Belasteten. Darin spiegelt sich ihr politischer Erfolg, nämlich das Aufsaugen aller konkurrierenden bürgerlichen Parteien außer der FDP in den 1950ern; es zeigt die Schattenseite einer beispiellosen Integrationsleistung. Das davon klar abgegrenzte sozialdemokratische Profil bildet die demokratische und antinationalsozialistische Tradition der Partei ab und nuanciert die Zeichnung von 15 % ehemaligen "PGs" sowie 46 % ehemals Verfolgten in ihren Reihen.

Markante Unterschiede liefern im Modell auch die biografisch-regionalen Bezüge: Jene 222, die aus Schleswig-Holstein stammten oder zumindest bereits vor 1945 hier lebten, lassen sich zu je einem Drittel der oppositionellen resp. angepassten Orientierung zuordnen, nur 2,3 % gelten als systemtragend, 6,8 % als exponiert nationalsozialistisch. Bei der Gruppe der 107 Zugewanderten, Vertriebenen und Flüchtlinge liegt die Quote der angepassten Orientierung knapp darunter, die der oppositionellen aber bei nur 14 %, während 9,3 % als systemtragend und 11,2 % als exponiert nationalsozialistisch galten, beide zusammen - relativ gesehen - mithin dreimal so stark wie bei Einheimischen. – Die Gruppe der zugewanderten MdL wies also eine stärkere reale Vorbelastung auf. (Anhang I S. 21: Grafiken oben)

Zuletzt ein Blick auf die Gruppe jener 120 späteren MdL, die bereits während der Zeit der Weimarer Republik Mitglied irgendeiner politischen Partei (Def.: "nur nicht nur der NSDAP") gewesen waren: Sie bildeten mit einem Anteil von fast Zweidrittel oppositioneller Ausrichtung und mit "nur" 5 % systemtragender sowie 0,8 % exponiert nationalsozialistischer Orientierung während der NS-Zeit das demokratische Fundament des jungen Landes Schleswig-Holstein, jedenfalls vorrübergehend. (Anhang I S. 21: Grafik unten)



Als weitere Verfeinerung der Kennzeichnung tatsächlicher Rollen im Nationalsozialismus haben wir von den Grundorientierungen 18+4 "Typen" abgeleitet. Sie stehen für zentrale Rollen, Erfahrungen, Verhaltensweisen und prägende Wurzeln. Wir haben versucht, quellengestützt jeweils den individuellbiografischen Kern dessen zu identifizieren, was die Person, ihr Handeln, ihre Biografie und ihre tatsächliche Rolle im NS-Regime ausmachte; andere mögen je nach Perspektive auch anders entscheiden, unsere Zuordnungen sind im Einzelfall auf unserer Quellenbasis begründet. (Gesonderte Anhänge II und III: Anhang II Definitionen sowie Zuordnungen für MdL und Regierungsmitglieder, einschließlich Namensnennungen; Anhang III 9 exemplarische biografische Zuordnungen)

Indem wir die volle Bandbreite vom "Widerstandleistenden" bis zum "Verfolgungsakteur" betrachten, erfassen wir alle Muster des Abweichens, der Anpassung, des Mitmachens, der Verstrickung. Dabei stehen für uns Bewertungen von Schuld und Verantwortung weniger im Zentrum als Fragen nach Handlungsspielräumen, -entscheidungen und -motiven.

Teilweise sehr unterschiedliche Profile stellen aussagekräftige und belastbare, stark differenzierte, nämlich zwischen schwarz und weiß zahlreiche Grautöne aufweisende, fein ziselierte Bilder dar. So lassen sich die Verhaltensmuster ausdifferenzieren, tatsächliche NS-Verstrickungen, die es real gab, präziser adressieren und beispielsweise von Anpassungsmustern oder jugendlichem (Fehl-)Verhalten abgrenzen. Dieser Grad an Differenziertheit ist uns wichtig.

V. Die Zäsur 1945

Ansatzgemäß bietet unsere Studie diese Tiefe für die retrospektive NS-Einordnung, nicht jedoch für das Agieren der Angehörigen der Untersuchungsgruppe nach 1945. Der innere Zusammenhang beider biografischer Phasen wäre noch genauer auszuleuchten.

Als Tendenz weisen unsere Befunde und die Abweichung der NS-Belastung von der Norm auf tradierte, systemübergreifende Karrieremuster. Obwohl wir 96 identifizierte vergangenheitspolitische Debatten im Blick haben und analysieren, scheinen uns prognostische Aussagen zum Verhalten und zu Rollenbewertungen in der Politik nach 1945 aus den individuellen Vorgeschichten kaum ableitbar. Denn die Zäsur von 1945 bot den Deutschen Chancen zur biografischen Neuorientierung – und die Integration des bisherigen persönlichen Weges in das gesellschaftliche Leben von Gegenwart und Zukunft konnte sehr vielfältig erfolgen. Das gilt auch für Landespolitiker_innen.

Es gab ehemalige Nationalsozialisten in der Landespolitik, die in Netzwerken aktive apologetische Vergangenheitspolitik betrieben, andere, die eine zweite, diesmal demokratische biografische Chance nutzten und lebten; es gab – vorübergehend – ehemalige Angehörige des Widerstands, die das moralische Fundament der geschenkten Demokratie bildeten, es gab ehemals Verfolgte, die sehr tolerant mit ehemals Verstrickten verfuhren. - Allein diese Beispiele spiegeln die Bandbreite der Wirklichkeit.

Zudem finden wir zahlreiche unklare, widersprüchliche, gebrochene Biografien. Ein Schwarz-Weiß-Raster schließt sich also aus, Grautöne überwiegen, es gibt auch Wandel innerhalb von individuellen Biografien. Wir versuchen, dieser Vielfalt gerecht werden; auch den betroffenen Menschen, soweit dies im Rahmen eines historischen Forschungsprojektes möglich ist.



Deshalb verzichten wir an dieser Stelle auf die Vorstellung von Einzelbiografien. Wir müssten, um der Komplexität unseres Bildes gerecht zu werden, zu viele erzählen.

VI. Fazit: Der Fall Schleswig-Holstein

Bei allen differenzierenden Grautönen bleiben die Konturen klar: Im Maschinenraum der neuen demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung fanden Reüssieren und Integration von stark überdurchschnittlich, in diesem Ausmaß wirklich überraschend vielen ehemaligen NS-Akteuren statt. Ein Prozess, der gesellschaftlich wie herrschaftlich offenkundig erfolgreich verlief, stabile regionale demokratische Strukturen kreierte, jedoch moralische Hypotheken produzierte, beispielsweise als "Kollateralschaden" die NS-Opfer wieder an den gesellschaftlichen Rand verwies, die bis in die 1990er Jahre um Anerkennung ringen mussten.

Es handelte sich indes nicht um eine "Renazifizierung", wie in den 1950ern mancher meinte und seit den 1980ern auch die Perspektive der Aufarbeitung einnehmende Historiker_innen gern mal schrieben. Schleswig-Holstein wurde nicht von Alt-Nazis oder "Braunen Cliquen" gesteuert, denn das hätte vorausgesetzt, dass die Akteure alte Ziele in formaldemokratischer Tarnung weiter verfolgten, etwa als Putschisten (wie die Gruppe um Achenbach in der NRW-FDP) agiert hätten. Dafür gibt es keine Anzeichen.

Das Gesamtphänomen gehört in den Integrationsprozess der NS-Funktionseliten in die junge Bundesrepublik. Selbst auch unsere Untersuchungsgruppe tangierende, fraglos anrüchige personelle Seilschaften und Vertuschungsnetze als extreme Verhaltensmuster zielten nicht auf eine politische Renazifizierung, sondern meinten das gesellschaftliche und berufliche Platznehmen im neu verfassten Staat.

Dass davon auch Schwerverbrecher profitierten, weil innerhalb der Funktionseliten und in besonders infizierten Berufsmilieus wie Polizei, Justiz und Wissenschaft manchmal gar keine Grenzen gezogen wurden, bleibt belastend. Mit der Affäre um den Euthanasieverbrecher Heyde-Sawade offenbarte sich 1959 jedenfalls eine gesellschaftliche Anomie. Ob die Tendenz zur gesellschaftlichen, beruflichen und politischen Rehabilitation ehemaliger Nationalsozialisten in Schleswig-Holsteins Gesellschaft insgesamt besonders ausgeprägt war, müssen wir im Rahmen dieser Studie offen lassen.

Für die schleswig-holsteinische Landespolitik haben wir Ergebnisse vorgelegt. Sie belegen und differenzieren besonders ausgeprägte personelle Kontinuitäten, auch eine gewisse strukturelle Selbstverständlichkeit, mit der ehemalige Nationalsozialisten die Landespolitik dominierten, in der Exekutive deutlicher noch als in der Legislative. In diesem Prozess ist es gelungen, ehemalige Nationalsozialisten in den demokratischen Staat zu integrieren, einige zu wichtigen Protagonisten werden zu lassen. Welche Folgen für die politische Kultur des Landes damit einhergingen, wäre über unsere ersten Hinweise hinaus (ebenfalls) noch genauer zu untersuchen. Nicht völlig geklärt bleibt zunächst auch, wieso Schleswig-Holstein vergleichsweise häufig und nachhallend mit Affären einer (zu recht kritisierten) mangelhaften NS-Bewältigung Schlagzeilen machte. Eine Erklärung für erkennbar fehlende Sensibilitäten könnte tatsächlich im landesspezifischen Profil hoher biografischer Kontinuitäten zu finden sein.

Unsere Protagonisten handelten in ihrer Vergangenheitspolitik in drei Rollen, als Kontrolleure, Akteure und Adressaten zugleich. Diese Dreifachrolle macht eine zukünftig zu leistende, intensive historische, exemplarische Analyse ihres Handels und ihrer Perspektiven sinnvoll. Denn im Kern geht es um stets aktuelle Fragen an gesellschaftliches und politisches Neubeginnen nach der Ablösung von Diktaturen.